

Umfrage: Neue US-Sanktionen gegen russische Unternehmen und ihre Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft in Russland

Hintergrund

Am 6. April 2018 erweiterte das Office of Foreign Assets Control (OFAC), die Exportkontrollbehörde des Finanzministeriums der Vereinigten Staaten, die bestehende Sanktionsliste der sogenannten "Specially Designated Nationals" (SDNs).

Der beschlossene Maßnahmenkatalog umfasst sieben russische Großunternehmer, zwölf von ihnen kontrollierte Konzerne, eine Bank sowie 17 russische Regierungsbeamte und eine staatliche Rüstungsfirma. US-Bürgern sind dadurch geschäftliche Beziehungen mit den sanktionierten Firmen und Personen untersagt. Die Vermögen der SDNs werden eingefroren.

Auch Nicht-US-Bürger können das Ziel von Sanktionen werden (sekundäre bzw. extritoriale Sanktionen), falls sie wesentlich „signifikante Transaktionen“ fördern, an denen die SDNs oder deren Verwandte beteiligt sind. Sie können so selbst auf die SDN-Liste gesetzt werden, was ihnen den US-Marktzugang und eine Abwicklung von Transaktionen in Dollar unmöglich macht. Dadurch entfalten die US-Sanktionen erstmals extritoriale Wirkung auf europäische Unternehmen in Russland.

Die deutsche Unternehmerschaft vor Ort warnt vor direkten Einschnitten in ihrem Russland-Geschäft durch die neuen Sanktionen. Mögliche Schäden hat die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK) in dieser Umfrage zu ermitteln versucht.

Umfrageergebnisse

- An der AHK-Umfrage haben sich **154 Unternehmen mit Russlandgeschäft** aus den Schlüsselbereichen Maschinen- und Anlagenbau, Beratung, Bauwirtschaft, Groß- und Einzelhandel sowie chemische Industrie und Elektrotechnik beteiligt.
- Ein Drittel der Firmen ist von den jüngsten US-Sanktionen **stark bis sehr stark betroffen**, ein Drittel mittelstark, ein Drittel ist kaum bis gar nicht betroffen.
- Für das laufende Geschäftsjahr wird der **kurzfristige Schaden** auf eine dreistellige Millionenhöhe **zwischen 271 und 377 Mio. Euro** geschätzt.
- Der **mittelfristige Schaden** wird mit mindestens **0,82 Mrd. Euro** beziffert; ein größtmöglicher Ausfall kann die befragten Unternehmen **fast 1,5 Mrd. Euro** kosten.
- Viele Unternehmen sind durch **bestehende Geschäftsbeziehungen mit sanktionieren Firmen und Personen** direkt betroffen und erwarten **Umsatz- und Lieferausfälle** bereits im laufenden Geschäftsjahr. Weitere Schäden entstehen durch zurückgezogene Aufträge, eingestellte Projekte und die **Rubelabwertung** im Zuge der Sanktionen.
- Die Unternehmen erwarten stark negative Auswirkungen der Sanktionen auf das **Geschäftsklima** in Russland und befürchten eine **Umorientierung** der russischen Wirtschaft nach Asien, **schwindendes Vertrauen** bei russischen Geschäftspartnern sowie eine weitere **Verschärfung** der russischen **Importersatz-Politik**.
- Trotz aller Einschränkungen plant die deutsche Wirtschaft, ihr **Russland-Engagement** auf unverändert hohem Niveau beizubehalten oder sogar **weiter zu erhöhen**.
- Die Unternehmen wünschen **deutliche politische Signale aus Berlin nach Washington**, damit die Russland-Geschäfte deutscher Firmen von den jüngsten US-Sanktionen ausgenommen werden.

Über die Umfrage

Die AHK Russland hat ihre rund 800 Mitgliedsunternehmen zwischen dem 11. und dem 20. April zu den möglichen Konsequenzen der jüngsten US-Sanktionen befragt. Die im russischen Markt aktiven Unternehmen sollten den unmittelbaren, für sie entstehenden Schaden durch die neuen US-Sanktionen abschätzen und eine Prognose über ihre weitere Geschäftsaktivität in Russland abgeben.

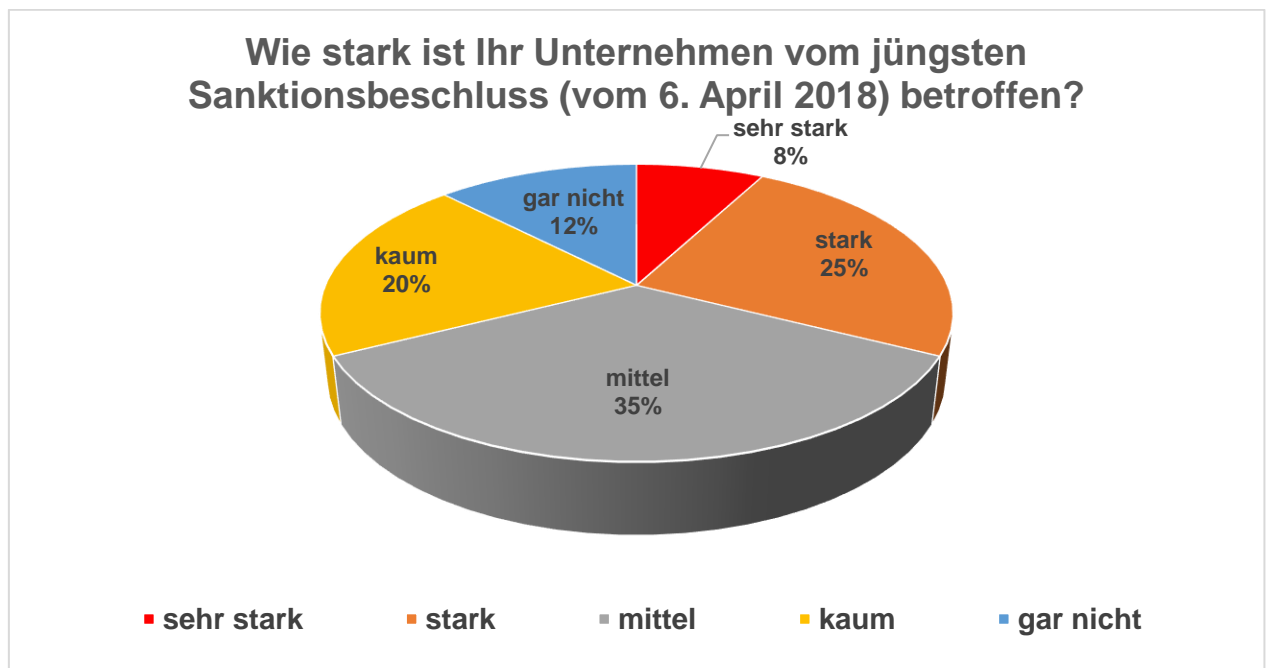
An der Umfrage haben sich insgesamt **154 Unternehmen** beteiligt. Die meisten von ihnen sind in den Sektoren Maschinen- und Anlagenbau (21 Prozent), Beratung (15 Prozent), Bauwirtschaft (8 Prozent), Groß- und Einzelhandel, chemische Industrie (je 7 Prozent) sowie Elektrotechnik und Elektronik (6 Prozent) aktiv.

Über ein Viertel der befragten Unternehmen (26 Prozent) setzen pro Jahr über 50 Mio. Euro um, ebenso viele zwischen 10 und 50 Mio. Euro. Rund ein Drittel (31 Prozent) haben einen **Jahresumsatz** von 1 bis 10 Mio. Euro generiert. 15 Prozent der Umfrageteilnehmer haben pro Jahr weniger als 1 Mio. Euro erwirtschaftet.

Fast die Hälfte (49 Prozent) der befragten Firmen beschäftigt **über 100 Mitarbeiter** in Russland, 15 Prozent beschäftigen 50 bis 100 Mitarbeiter, bei rund einem Viertel (23 Prozent) arbeiten 10 bis 50 Mitarbeiter, 13 Prozent der Befragten gaben an, weniger als 10 Mitarbeiter zu beschäftigen.

1. Betroffenheitsgrad

Bei der Umfrage sollten die Unternehmen abschätzen, wie stark sie von den US-Sanktionen betroffen sind. Bei ihren Antworten zeichnen sich drei große Trends ab: Ein Drittel der Befragten (33 Prozent) ist stark bis sehr stark betroffen; ein weiteres Drittel (35 Prozent) ist mittelstark betroffen; das letzte Drittel (32 Prozent) ist von den jüngsten Verschärfungen vorerst kaum bis gar nicht betroffen.

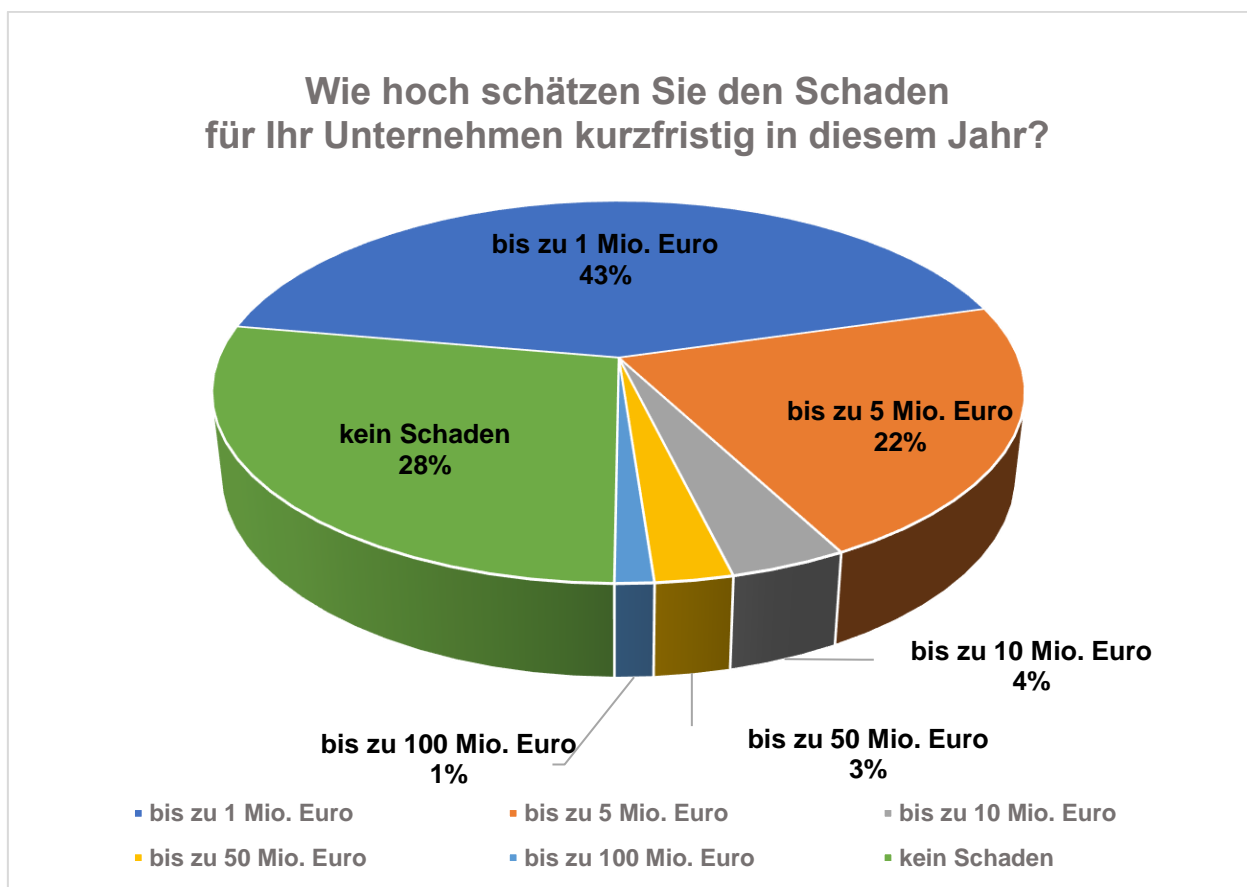


2. Kurzfristiger Schaden

Auch konnten die Umfrageteilnehmer den kurz- und mittelfristigen Schaden, der sich für ihr Unternehmen unmittelbar aus den neuen US-Sanktionen ergibt, schätzen und/oder den konkreten Wert für ihr Unternehmen in Mio. Euro angeben.

Demnach haben 87 Teilnehmer den **kurzfristigen Schaden mit 271 Mio. Euro** beziffert. Der Gesamtschaden dürfte jedoch deutlich höher liegen. Genaue Aussagen zu möglichen Schäden zu treffen, fällt vielen Unternehmen schwer, da es noch viele Unklarheiten bezüglich der Sanktionsmaßnahmen gibt.

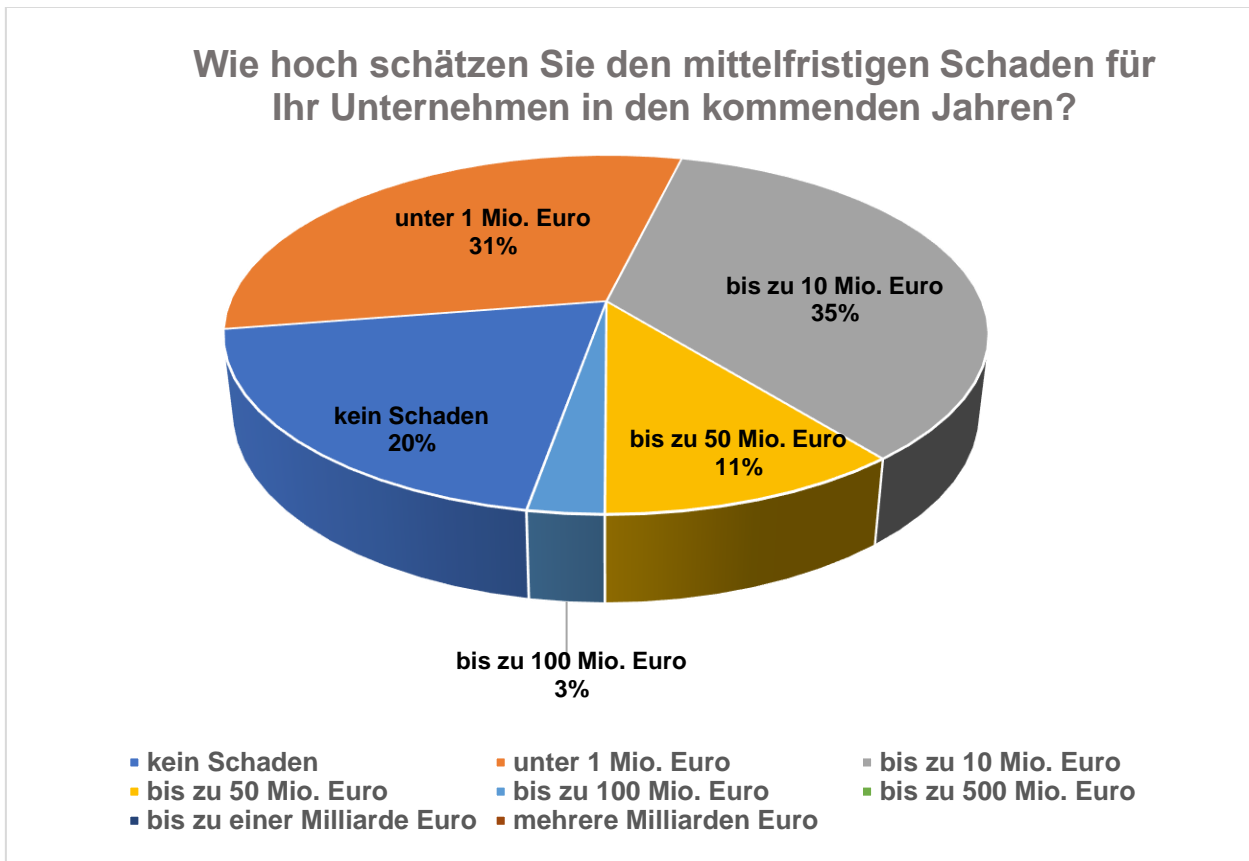
Insgesamt haben daher 109 Unternehmen einen möglichen Schadensbereich geschätzt. Der Median ihrer Antworten liegt bei **388 Mio. Euro an kurzfristigen Schäden für das laufende Geschäftsjahr**.



Die meisten Befragten (43 Prozent) schätzen den kurzfristigen Schaden, der noch in diesem Jahr für ihre Firma entstehen könnte, auf weniger als 1 Mio. Euro. 22 Prozent gaben den möglichen Schaden mit bis zu 5 Mio. Euro an, vier Prozent bezifferten ihn auf bis zu 10 Mio. Euro, drei Prozent auf bis zu 50 Mio. Euro. Ein Prozent der befragten Unternehmen hat den kurzfristig entstehenden Schaden auf bis zu 100 Mio. Euro geschätzt. Gleichzeitig können 28 Prozent keinen kurzfristigen Schaden für ihr Geschäft entdecken.

3. Mittelfristiger Schaden

Der **mittelfristige Schaden** wird von den Befragten **deutlich gravierender** eingeschätzt. Auch hier haben 87 Unternehmen den mittelfristigen Schaden konkret angegeben, in der Summe beläuft sich dieser auf **818 Mio. Euro**. Doch auch in diesem Fall dürfte die Summe weit unter der tatsächlichen Schadenssumme liegen: 119 Unternehmen haben zusätzlich einen Schadensbereich definiert. Der Mittelwert für den größtmöglichen Schaden beläuft sich – auf vier Jahre hochgerechnet – auf **1,12 Milliarden Euro**, in der Perspektive auf fünf Jahre sogar auf bis zu **1,44 Milliarden Euro**.



Nach Angaben aufgeschlüsselt, bleibt der mittelfristige Schaden für fast ein Drittel der Befragten (31 Prozent) unter 1 Mio. Euro. Über ein Drittel (35 Prozent) haben ihn mit bis zu 10 Mio. Euro angegeben. Ein Zehntel der Umfrageteilnehmer schätzt den Schaden auf bis zu 50 Mio. Euro. Drei Prozent schätzen die mittelfristigen Ausfälle für ihr Geschäft auf bis zu 100 Mio. Euro. Kein Umfrageteilnehmer hat die Antwortvarianten „bis 500 Mio. Euro“, „bis zu 1 Milliarde Euro“ und „mehrere Milliarden Euro“ gewählt. Ein Fünftel (20 Prozent) konnte mittelfristig keinen Schaden für ihr Geschäft erkennen.

4. Zukünftiges Russland-Engagement

Die Unternehmen wurden befragt, wie sie ihr **Russland-Engagement** angesichts der US-Sanktionen gestalten werden. Fast drei Viertel der Befragten (70 Prozent) gaben an, die Aktivitäten und Investitionen in den russischen Markt auf gleichem Niveau zu belassen. Ein Fünftel (20 Prozent) will seine **Aktivitäten und Investitionen sogar erhöhen**. Lediglich ein Zehntel der befragten Unternehmen will ihr Engagement einschränken:



5. Auswirkungen der Sanktionen – Angaben der Unternehmen

Die Umfrageteilnehmer wurden gebeten, in eigenen Worten detailliert zu beschreiben, welchen Schaden sie für ihr Unternehmen konkret erkennen.

Viele deutsche Firmen unterhalten **direkte Geschäftsbeziehungen** mit den sanktionierten Firmen oder Personen. Sie werden daher von den neuen Sanktionen unmittelbar getroffen und rechnen mit **Schäden durch Umsatz- und Lieferausfälle**. Dies betrifft insbesondere die **Maschinen- und Anlagenbauer**, die **chemische** und die **Automobilindustrie**. Verluste drohen hier auch bei einer nötigen Rückabwicklung von Verträgen.

Schäden entstehen ebenso durch **entgangene Geschäfte**, abgesagte Projekte und den Verlust potenzieller Kunden. Die allgemeine Verunsicherung trifft unter anderem **Beratungsunternehmen**, die von Schäden durch die **Zurückhaltung ausländischer Investoren** und weniger Neuprojekte ausgehen. **Neue Projekte** werden aufgeschoben, gute **Geschäftsbeziehungen**, die mit sanktionierten Unternehmen über Jahre aufgebaut wurden, müssen aufgegeben werden.

Die deutliche **Rubelabwertung** im Zuge der Ankündigung der Sanktionen wirkt sich auf nahezu alle Unternehmen negativ aus. Durch die **Kaufkraftverluste** der russischen Bevölkerung verteuern sich deutsche Importwaren. Messebesuche werden vereinzelt abgesagt. Die Wechselkursrisiken nehmen zu.

Vor diesem Hintergrund fürchtet der **Groß- und Einzelhandel** vorprogrammierte **Preisanstiege**, eine dadurch **verzögerte Nachfrage** und **geringere Gewinnspannen**. Außerdem werden weitere **Einschränkungen** für Importwaren erwartet.

Die **Projektfinanzierung** wird nach Einschätzung der Firmen weiter erschwert. Darunter leidet der Absatz deutscher Investitionsgüter bei russischen Kunden.

Seitens **deutscher Finanzinstitute und Banken** sind die neuen US-Sanktionen eine weitere Hürde bei Finanzierungen. Auch wenn Außenhandelsfinanzierungen noch möglich sind, haben deutsche Banken ihre Aktivitäten im Russlandgeschäft bereits deutlich reduziert. Dadurch verlieren sie ihre **Marktstellung**, was sich indirekt negativ auf Arbeitsplätze und Aufträge in Deutschland auswirken kann.

Die deutsche **Bauwirtschaft** in Russland befürchtet neben **erhöhten Verlusten** auf Grund des schwachen Rubels eine **erschwerte Ausrüstungseinfuhr**, **höhere Refinanzierungskosten** und **weniger Aufträge** aus Europa. Auch die **Auftragslage** auf dem Binnenmarkt könnte sich weiter verschlechtern, weil russische Auftraggeber neue Projekte fortan an Mitbewerber aus Asien vergeben könnten.

Transport- und Logistikunternehmen warnen vor einem **geringeren Geschäfts- und Tourismus-Verkehr** sowie weniger Lieferungen von und nach Russland. Zunehmende Exportkontrollen könnten das Geschäft weiter lähmen.

Die befragten Unternehmen erwarten insgesamt **äußerst negative Auswirkungen** der Sanktionen auf das **Geschäftsklima in Russland**. Aufträge und Kunden könnten zunehmend an chinesische oder russische Konkurrenz abwandern, da bei diesen kein Sanktionsrisiko bestehe, ist eine häufig genannte Befürchtung in den Firmenantworten.

Das Vertrauen in deutsche Firmen seitens russischer Partner nehme durch die Maßnahmen enormen Schaden. Die russische Politik, Importe zunehmend durch einheimische Waren zu ersetzen, werde bestärkt.

Um das Risiko zu minimieren stellen einige Unternehmen – vor allem jene mit US-Geschäft – weitere **Russlandkooperationen** in Frage, um ihre Aktivitäten auf anderen Märkten nicht zu gefährden.

Mögliche **Gegensanktionen Russlands** als Antwort auf die US-Maßnahmen, sind ein weiterer Faktor, der die deutsche Wirtschaft in Russland zusätzlich verunsichert.

6. Erwartungen an die Politik

Im Rahmen der Umfrage wurde auch die Erwartungshaltung der Wirtschaft an die Regierung thematisiert. Die Umfrageteilnehmer konnten eine von drei Antwortoptionen auf die vorformulierte Frage „**Die Bundesregierung sollte...**“ aussuchen.

Fast vier Fünftel der Unternehmen (79 Prozent) sprachen sich dafür aus, dass die Bundesregierung die neuen Sanktionen **öffentlich kritisiert** und darauf hinwirkt, dass deutsche Firmen und Firmenvertreter von amerikanischer Seite nicht wegen ihrer Russlandgeschäfte belangt werden.

Rund ein Fünftel (19 Prozent) **zieht Lobbyarbeit öffentlicher Kritik vor** und erwartet ein Hinwirken der Bundesregierung in Washington hinter den Kulissen, damit die deutsche Wirtschaft nicht wegen ihrer Russlandgeschäfte belangt wird.

Lediglich drei Prozent der Befragten (vier von 154 Umfrageteilnehmern) gaben an, die Bundesregierung sollte dafür sorgen, dass deutsche Firmen die neuen amerikanischen Sanktionen einhalten und **ihr Russlandgeschäft entsprechend einschränken**.